

## GV

Protokoll der Gemeindeversammlung Zuchwil  
vom 07. Dezember 2009, 19:30 bis 21:50 Uhr

---

Vorsitz	Ambühl Gilbert
Protokoll	Marti Felix
Stimmzähler	Corti Elsbeth Kohler Ulrich Vescovi Ruth
Anwesend	291 Stimmberechtigte
Presse	Meier Rahel, Solothurner Zeitung
Traktanden	1 Protokoll der Gemeindeversammlung vom 29. Juni 2009 2 Voranschlag 2010 und Festsetzung des Steuerfusses; Genehmigung 3 Motion Max Karli: Begrenzung Pro-Kopf-Verschuldung; Erheblicherklärung

### EINWOHNERGEMEINDE ZUCHWIL

Der Gemeindepräsident      Die Gemeindeschreiber

Gilbert Ambühl                      Felix Marti

Die Stimmzählerin                  Der Stimmzähler                      Die Stimmzählerin

Elsbeth Corti                          Ulrich Kohler                          Ruth Vescovi

---

## Feststellungen

---

Die Gemeindeversammlung ist in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Gemeindeordnung frist- und formgerecht einberufen worden.

Die Akten haben, ebenfalls wie vorgeschrieben, zur Einsichtnahme öffentlich aufgelegt. Die Gemeindeversammlung wird durch Gemeindepräsident Gilbert Ambühl mit den vorgenannten Feststellungen sowie mit dem Hinweis auf verschiedene andere Bestimmungen der Gemeindeordnung über die Gemeindeversammlung (§§ 12 bis 45) eröffnet.

---

---

## Traktandenliste

---

Die Traktandenliste wird durch die Gemeindeversammlung stillschweigend genehmigt.

---

---

---

## Beschluss-Nr. 1 - Protokoll der Gemeindeversammlung vom 29. Juni 2009

---

Das Protokoll der ordentlichen Rechnungsgemeindeversammlung vom 29. Juni 2009 ist vom Stimmzähler geprüft und als richtig befunden worden.

Gemäss § 40 der Gemeindeordnung gilt es mit der Unterzeichnung durch das Büro (Gemeindepräsident, Gemeindegemeinschafter und Stimmzähler) als genehmigt.

---

---

---

## Beschluss-Nr. 2 - Voranschlag 2010 und Festsetzung des Steuerfusses

---

### AUSGANGSLAGE

Der Bericht des Gemeindepräsidenten (§ 86 GO), welcher sich auf den Antrag des Gemeinderates stützt (§ 63 GG), lautet wie folgt:

#### **Ausgangslage**

Die Prognosen des Finanzplanes 2010-2012 haben sich mit dem Entwurf zum Voranschlag 2010 bestätigt. Obwohl die Abteilungen und die übrigen Budgetverantwortlichen sich bemüht haben, bereits bei der Erarbeitung der Zahlen mögliche Einsparungen zu realisieren, haben nach der Vorberatung 7 Mio. Franken zu einer ausgeglichenen Laufenden Rechnung 2010 gefehlt. Mit der vom Gemeinderat beantragten Erhöhung des Steuerfusses auf 125 Prozentpunkte der einfachen Staatssteuer verringert sich der Fehlbetrag in der Laufenden Rechnung auf 5.25 Mio. Franken.

Der Gemeinderat hatte anlässlich der Kenntnisnahme des Finanzplanes die Vorgabe erlassen, gegenüber dem Voranschlag 2009 Einsparungen von 4 Prozent zu realisieren. Diese Vorgabe wurde mit Einsparungen von 5.6 Prozent erfreulicherweise sogar klar übertroffen. Im Weiteren wurden gemäss dem Beschluss des Gemeinderates weitere Sparmöglichkeiten geprüft:

- Einsparungen bei den Personalkosten: Mit dem Argument der Gleichbehandlung des Gemeindepersonals mit der Lehrerschaft, die dem kantonalen Gesamtarbeitsvertrag unterstellt ist, wird eine Lohnerhöhung von 1 Prozent gewährt und auf Sparmassnahmen verzichtet.
- Überprüfung der Beiträge an übergeordnete, regionale und örtliche Institutionen: Im Entwurf zum Voranschlag 2010 sind sämtliche Beiträge an übergeordnete und regionale Institutionen halbiert worden, die Beiträge an örtliche Institutionen wurden generell um 25 Prozent gekürzt.
- Finanzielle Einschränkungen bei den Abgeltungen für das Sportzentrum: Der Verwaltungsrat SZZ AG hat die Situation überprüft. Er ist bereit, für das Jahr 2010 auf mehr als 120'000 Franken des gemäss geltender Vereinbarung der SZZ AG zustehenden Betrages zu verzichten.
- Finanzielle Einschränkungen bei den Abgeltungen zugunsten von Kinderkrippe und Tageshort: Gemäss vorliegendem Entwurf zum neuen Betriebskonzept für das neue Zentrum für Kind und Jugend ergeben sich bei den Betriebsbeiträgen ohne Berücksichtigung des neuen Angebotes eines Mittagstisches für das Jahr 2010 Einsparungen von rund 27'000 Franken bzw. 8.5 Prozent. Ab 2011 werden die Einsparungen noch höher sein, da die Mietzinskosten für Tageshort und Kinderkrippe vollständig entfallen.

Der trotzdem massive Aufwandüberschuss rührt daher, dass beim Ertrag mit einem Einbruch von 15 Prozent gerechnet werden muss. Hauptanteil daran trägt der Steuerertrag der Juristischen Personen, der seit der Wirtschaftskrise um 8 bis 9 Mio. zurückgegangen ist. Dazu kommt noch der Rückgang der kantonalen Subventionen an die Besoldungen im Bildungswesen von 38 auf 34 Prozent, was zu einem weiteren Minderertrag von 300'000 Franken führt.

Beim **Personalaufwand** ist im Vergleich mit dem Voranschlag 2009 ein Anstieg von 2% zu verzeichnen. Die Sozialpartner des Kantons (Regierungsrat und Personalverbände) haben für die Löhne 2010 des Staatspersonals und der Lehrerschaft eine Lohnerhöhung von 1% ausgehandelt.

Der Anstieg der Personalkosten ist auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Teuerungsausgleich (1%);
- Höhere Arbeitskapazitäten im Dienstleistungszentrum, insbesondere im Zusammenhang mit der Regionalisierung der Sozialen Dienste;

- Höhere Arbeitskapazitäten bei den Spitexdiensten, bedingt durch eine erneut markante Steigerung der erbrachten Dienstleistungen;
- Stufenanstiege beim (jüngeren) Personal, das noch nicht das Maximum in der Lohnklasse erreicht hat.

Einsparungen sind in diesem Bereich schwierig zu realisieren. Ein Kapazitätsabbau ist in wirtschaftlichen Krisenzeiten nicht realistisch, da die Arbeitslast in dieser Situation im Gegensatz zu Unternehmen der Privatwirtschaft eher ansteigt. Und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen würde zur Demotivierung und damit zu schlechteren Leistungen führen, was kontraproduktiv wäre, weil dann die Kosten in anderen Bereichen ansteigen würden.

Der **Sachaufwand** sinkt gegenüber der Rechnung 2008 um 1.2 Mio. Franken bzw. 15 Prozent. Die Sparbemühungen sind damit deutlich zu spüren. Aufträge an Dritte werden mit einem Kostendach und reduziertem Betrag vergeben. Ersatzbeschaffungen für Infrastruktur, Anlagen, Mobilien, Apparate, Fahrzeuge usw. wurden soweit möglich auf später verschoben.

Die **Passivzinsen** steigen wegen der Zunahme der Verschuldung trotz historisch tiefen Zinssätzen markant an.

Bei den **Beiträgen** steigen sowohl Aufwand wie Ertrag leicht an. Auf der Aufwandseite ist zu berücksichtigen, dass die Beiträge an das Sportzentrum, an die Stiftung Kinderkrippe und an übergeordnete, regionale und lokale Institutionen gesenkt wurden. Auf der Ertragsseite ist der Minderertrag bei den kantonalen Beiträgen an die Besoldungen im Bildungswesen schmerzlich. Der Subventionssatz sinkt gegenüber dem Vorjahr von 38 auf 34 Prozent. Damit gehen 300'000 Franken oder 10% weniger ein. Der Grund liegt darin, dass die Bemessungsgrundlage auf den Jahren beruht, in denen Zuchwil die grössten Überschüsse produziert hat (2005-2007: 9 Mio. Franken Überschuss in der Laufenden Rechnung). Ab 2011 wird der Subventionssatz voraussichtlich ansteigen, weil dann der Verlust aus der Rechnung 2008 in die Bemessung einbezogen ist.

Die **Investitionen** wurden auf ein Minimum reduziert. Die Vorgabe des Finanzplanes wird erreicht. Zusätzliche Einsparungen würden die Gefahr mit sich bringen, dass langfristig Schäden an der Infrastruktur entstehen könnten. Die geplanten Beträge sind in Berücksichtigung der vorhandenen Infrastruktur an der unteren Grenze des Notwendigen.

Die **Einnahmen** sind meines Erachtens realistisch budgetiert. Die von der GRK beantragte Erhöhung des Steuerfusses auf 125 Prozentpunkte der einfachen Staatssteuer ist im Entwurf zum Voranschlag bereits berücksichtigt. Allerdings gibt es keine Garantien, dass die Steuererträge der Natürlichen Personen im angenommenen Ausmass fliessen werden, da schwierig abzuschätzen ist, welche Auswirkungen die Wirtschaftskrise und die steigende Arbeitslosigkeit insgesamt auf die Einkommen haben werden. Bei den Juristischen Personen wurde nach Rücksprache mit den wichtigen Steuerzahlern vorsichtig budgetiert. Trotzdem muss davon ausgegangen werden, dass keine Reserven eingerechnet sind. Somit ist auch nicht damit zu rechnen, dass das Ergebnis bedeutend besser ausfallen wird als im Voranschlag abgebildet.

## **Einschätzung**

Der vorliegende Entwurf ist trotz Einsparungen, die schmerzen, sowie der beantragten Erhöhung des Steuerfusses immer noch ungenügend. Nach dem Verlust von fast 5 Mio. Franken in der Rechnung 2008 und dem für 2009 zu erwartenden negativen Abschluss in ähnlicher Grössenordnung wird das Eigenkapital aufgebraucht sein. Je höher der Verlust 2010 ausfällt, desto grösser wird der Bilanzfehlbetrag ausfallen, der in den folgenden Jahren wegen der Tilgungspflicht den finanziellen Spielraum der Gemeinde noch mehr einengen wird.

Bei einem Umsatz von gegen 50 Mio. Franken und gebundenen Ausgaben von 85 Prozent sowie einem Minderertrag von über 8 Mio. Franken bei den Steuern der Juristischen Personen ist eine ausgeglichene Rechnung allein durch Massnahmen auf der Aufwandseite nicht zu erreichen.

Eine Erhöhung des Steuerfusses ist andererseits in der jetzigen wirtschaftlichen Situation für die Zahlenden ebenfalls nur schwer verkraftbar. Die Höhe des Defizits ohne höheren Steuerfuss kann aber nicht einfach hingenommen werden, weil es die finanzielle Stabilität der Gemeinde gefährden und für die nähere und mittlere Zukunft zu einer unzumutbaren Hypothek würde.

Folglich gilt es, einen Mittelweg zu finden. Für eine ausgeglichene Rechnung im Jahr 2010 müsste der Steuersatz um 35 bis 40% auf 150 bis 155 Prozentpunkte der einfachen Staatssteuer angehoben werden. Das ist weder sinnvoll noch politisch durchsetzbar.

Um die richtige Lösung zu finden, muss der Finanzplan für die folgenden Jahre zu Rate gezogen werden. 2011 kann mit einem Mehrertrag von mindestens 3 Mio. Franken gegenüber dem Jahr 2010 gerechnet werden. Mit einem Mehrertrag von weiteren 3 Mio. Franken durch die Anhebung des Steuerfusses müsste unter Einhaltung einer weiterhin strikten Sparpolitik die Laufende Rechnung 2011 ausgeglichen gestaltet werden können. Dieses Ziel ist allerdings nur mit einem Steuerfuss von mindestens 130 Prozentpunkten der einfachen Staatssteuer zu erreichen. Zuchwil käme damit in den Bereich der umliegenden Agglomerationsgemeinden mit ähnlichen Strukturen zu liegen (Biberist 130; Derendingen 133, Subingen 135, Luterbach 130). Ab 2012 kann nochmals mit einem Mehrertrag von 3 Mio. Franken gegenüber dem Jahr 2011 gerechnet werden. Sollte diese Prognose tatsächlich eintreffen, könnte ab diesem Zeitpunkt mit dem Abbau der Verschuldung begonnen werden.

Die Entwicklung des Ergebnisses der Laufenden Rechnung sieht gemäss Voranschlag 2010 sowie Finanzplan bis 2012 wie folgt aus:

Jahr Steuerfuss	2010 (Voranschlag)	2011 (Finanzplan)	2012 (Finanzplan)
115 %	- 7.0 Mio	- 5.1 Mio	- 1.1 Mio
120 %	- 6.1 Mio	- 4.0 Mio	+ 0.11 Mio
125 %	- 5.2 Mio	- 3.0 Mio	+ 1.35 Mio
130 %	- 4.4 Mio	- 2.0 Mio	+ 2.6 Mio
135 %	- 3.5 Mio	- 0.96 Mio	+ 3.8 Mio

Der Gemeinderat hat sich trotz dieser Realitäten mehrheitlich für einen Steuerfuss von lediglich 125 Prozentpunkten entschieden. Eine Minderheit hat sich sogar für nur 120 Prozentpunkte bzw. gänzlich gegen eine Steuererhöhung ausgesprochen. Die Zurückhaltung gegenüber einer Steuererhöhung ist bei der aktuellen Wirtschaftslage verständlich. Allerdings gilt es zu bedenken, dass der zukünftigen Generation nicht ein allzu grosser Schuldenberg hinterlassen werden darf. Je tiefer der Steuerfuss angesetzt wird, desto schwieriger wird sich die Erholung der Gemeindefinanzen gestalten, und die Gesundung wird umso länger dauern.

Die Frage eines differenzierten Steuerfusses für Natürliche und Juristische Personen wurde ebenfalls geprüft. Die Erhaltung von Arbeitsplätzen und die Konkurrenzfähigkeit würden eigentlich dafür sprechen, dass der Steuerfuss der Juristischen Personen deutlich tiefer angesetzt werden müsste.

Der Gemeinderat hat aber einen anderen Aspekt stärker gewichtet: Den Stimmberechtigten eine Steuererhöhung schmackhaft zu machen, ist nur schon grundsätzlich schwierig. Wenn dann noch ein Teil der Zahlenden davon ausgenommen würde, wäre dies für die Bürger/innen unverständlich und würde die Annahme des Antrages gefährden.

## **Antrag des Gemeinderates an die Gemeindeversammlung zum Voranschlag 2010**

1. Der Voranschlag 2010 mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 5'247'400.-- und die Investitionsrechnung mit Investitionen von Fr. 4'320'000.-- (netto Fr 4'015'000.--) wird genehmigt.
2. Der Steuersatz der Gemeindesteuern für die Natürlichen und für die Juristischen Personen wird auf 125 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

In Ergänzung zu seinem vorstehenden Bericht spricht Gemeindepräsident **Gilbert Ambühl** einleitend die herrschende schwierige Situation an, die auf Gründe zurückzuführen ist, welche nicht in erster Linie von uns abhängig ist. Seit rund 2 Jahren existiert weltweit eine Finanzkrise, welche ihren Anfang mit einer Immobilienkrise in den USA nahm. Vor gut einem Jahr hat diese Krise auf die Realwirtschaft übergegriffen. Die Auswirkungen sind uns bekannt: Die Finanzmärkte sind nach wie vor instabil, die Anleger verunsichert. Die Exportwirtschaft ist von der Krise stark betroffen. Umsatzeinbussen führten zu Kurzarbeit und Entlassungen; die Arbeitslosigkeit hat zugenommen. Das Staatssekretariat für Wirtschaft erwartet den Höhepunkt der Krise in der Schweiz erst im Jahr 2010. Von der Krise betroffen ist auch die 2. Säule der Altersvorsorge. So gerieten viele Pensionskassen in eine Unterdeckung. Diese Situation hat sich aber bereits etwas gebessert, konnten die Finanzmärkte doch wieder leicht zulegen. Auf die Schweiz hat die Finanzkrise massive Auswirkungen. Aufgrund des damaligen Wissensstandes hiess es noch anfangs Dezember 2008 anlässlich der letzten Gemeindeversammlung, die Krise würde uns wohl treffen, die Umsätze damit zurückgehen, eine Rezession aber kaum zu verzeichnen sein. Die Auswirkungen der Krise waren dann aber im Frühjahr 2009 so richtig spürbar. Die eidgenössische Finanzverwaltung rechnet in diesem Jahr für Bund, Kantone und Gemeinden mit Mindereinnahmen von 9 Milliarden Franken und berechnet damit ein Defizit von 5 Milliarden Franken. Die Gemeinden sind davon alleine mit 2,3 Milliarden Franken betroffen. Die Stadt Zürich beispielsweise, wenn auch nicht ganz vergleichbar mit der Gemeinde Zuchwil, rechnet für die Jahre 2009 und 2010 mit einem Defizit von jeweils rund 190 Mio. Franken. In Zuchwil hat bereits die Rechnung 2008 -bedingt durch den Ertragseinbruch bei den Steuern der Juristischen Personen- mit einem Defizit von 5 Mio. Franken abgeschlossen. Gemäss Finanzplan wird auch in diesem Jahr mit einem Minus von 5 Mio. Franken gerechnet. Das Defizit für das Jahr 2010 hängt vom heute zu beschliessenden Steuerfuss ab. Zuchwil droht vor allem ein Bilanzfehlbetrag, da das Eigenkapital Ende 2009 wohl aufgebraucht sein wird. Die Ursache dieser Misere, dieser sehr schwierigen finanziellen Situation, ist eigentlich einfach zu erklären: Die Steuererträge der Natürlichen Personen sind seit Jahren stabil, d.h. sie bewegen sich seit 2001 auf demselben Niveau. Das grosse Problem jedoch sind die Steuereingänge der Juristischen Personen. Diese sind im Jahr 2008 förmlich eingebrochen. Während sich die Steuererträge der Juristischen Personen im Jahr 2007 noch auf 14 Mio. Franken beliefen, gingen diese im Jahr 2008 auf 5,7 Mio. Franken zurück, d.h. es musste ein Einbruch von über 8 Mio. Franken verzeichnet werden. Bedingt durch die Finanzkrise hat sich diese Situation nicht verändert, d.h. es fehlt uns ein grosser Teil des bisherigen Ertrags. Mit Blick auf die Ergebnisse der Laufenden Rechnungen zurück bis ins Jahr 2001 ist zu sehen, dass vor allem in den Jahren 2005 - 2007 sehr gut gearbeitet wurde. Alleine in diesen Jahren konnte in der Laufenden Rechnung ein Überschuss von 9 Mio. Franken erwirtschaftet werden. Nach dem Ertragseinbruch wird für die Jahre 2008 und 2009 mit einem Minus in der Grössenordnung von jeweils Fr. 5 Mio. gerechnet. Zuchwil verfügt mit der schlechten Steuerstruktur über ein weiteres Problem. So sind in Zuchwil viele Leute mit niedrigen Einkommen, aber nur relativ wenige Leute mit hohem Einkommen wohnhaft. Damit generieren wir bei den Natürlichen Personen mit Fr. 1'600 pro Kopf einen deutlich geringeren Steuerertrag als die meisten anderen umliegenden Gemeinden, welche aber allesamt einen teils deutlich höheren Steuersatz aufweisen als Zuchwil. Negativfaktoren für unsere Finanzlage ist der Ertragsausfall von über 10 Mio. Franken, also rund 20 % eines Jahresumsatzes, welchen es zu verkraften gilt. Der Hauptgrund ist mit den Steuerausfällen bei den Juristischen Personen bereits erwähnt. Weiter führt die kantonale Steuergesetzrevision für unsere Gemeinde seit dem Jahr 2008 zu

einem jährlichen Minderertrag von 1 Mio. Franken. Dazu wurde im Jahr 2007 der Steuerfuss um 5 Prozentpunkte gesenkt, woraus wiederum ein Minderertrag von 1 Mio. Franken resultiert. Es herrscht wohl Einigkeit darüber, dass sich der Voranschlag 2010 himmeltraurig präsentiert. Der Aufwand beläuft sich auf etwas über 47 Mio. Franken. Dem steht ein Ertrag von gut 42 Mio. Franken gegenüber. Daraus ergibt sich ein Aufwandüberschuss von 5,25 Mio. Franken. Die Investitionen wurden gebremst (netto 4 Mio. Franken). Gilbert Ambühl betont, dass all diese genannten Zahlen auf dem durch die Mehrheit des Gemeinderates beantragten Steuersatz von 125 % beruhen. Es sei klar, dass in einer solchen Situation gespart werden muss. Das Problem aller Gemeinden ist der Umstand, dass rund 85 % des Aufwandes gar nicht beeinflussbar ist. Diese sind gebunden durch gesetzliche Vorgaben oder durch Verbindungen, welche die Gemeinde eingegangen ist. Gegenüber dem Budget 2009, welches ebenfalls bereits ein Sparbudget war, ist es dennoch gelungen, noch einmal 5,6 % einzusparen. Davon ausgehend, dass nur 7 - 8 Mio. Franken des Budgets überhaupt beeinflussbar sind, wurden mit den 2,6 Mio. Franken so rund 40 % dieser beeinflussbaren Kosten eingespart. So verzichtet die Betriebs AG des Sportzentrums nach harten Verhandlungen ebenso auf gewisse Abgeltungen wie die Stiftung Kinderkrippe. Beiträge an regionale Institutionen wurden grundsätzlich halbiert bzw. an Zuchwiler Institutionen um 25 % reduziert. Besonders stark ins Gewicht fällt die Reduktion des Sachaufwandes um 15 %. Dies ist nicht dauernd machbar, leidet doch ansonsten irgendeinmal die Infrastruktur darunter. Weiter erfolgte eine Verzichtplanung bei den Ersatzbeschaffungen. So wurde beispielsweise der Ersatz eines Fahrzeuges für den Werkhof hinausgeschoben. Anhand einer Tabelle zur Entwicklung der Laufenden Rechnung bei den verschiedenen Steuerfüssen zeigt der Gemeindepräsident auf, warum die Mehrheit des Gemeinderates zum Schluss gekommen ist, dass es den beantragten Steuerfuss braucht. Selbst mit einem Steuersatz von 125 % wird keine ausgeglichene Rechnung erreicht. Erst ab 2012 wäre ein Überschuss zu verzeichnen. Diese Überschüsse sind zwecks Schuldenabbau und Abschreibung des Bilanzfehlbetrages nötig. Jede Million, welche als Überschuss erzielt wird, reduziert die Pro-Kopf-Verschuldung um lediglich rund Fr. 100.--. Um finanziell wieder auf einen so genannten grünen Zweig zu kommen, wird es nötig sein, zusätzliche Erträge zu generieren. Zusammenfassend stellt Gemeindepräsident Gilbert Ambühl fest, dass selbst mit einem höheren Steuerfuss die Laufenden Rechnungen des Jahres 2010 wie auch 2011 nicht vollständig ausgeglichen werden können. Es wird daraus ein Bilanzfehlbetrag zwischen 8 - 12 Mio. Franken resultieren. Bilanzfehlbeträge sind von Gesetzes wegen abzuschreiben, d.h. es müssen während 5 Jahren jährlich Beträge in der Grössenordnung von 1,5 bis 2 Mio. Franken zusätzlich abgeschrieben werden. Dies engt den finanziellen Spielraum natürlich weiter ein. Um davon wegzukommen, sind Überschüsse nötig, welche jedoch im Moment nicht zu erwarten sind. Mit einem höheren Steuerfuss ist es allerdings möglich, 2012 schwarze Zahlen schreiben zu können. Es wird allerdings noch einen Moment dauern, bis sich die Finanzlage erholt hat. Wie ihm zu Ohren gekommen ist, wird die herrschende finanzielle Misere mit zu hohen Investitionen in Verbindung gebracht. Als Beispiel führt er das Zentrum für Kind und Jugend an, für welches die Gemeindeversammlung einen Kredit von 4,9 Mio. Franken genehmigte. Dieses Zentrum beeinflusst die Laufende Rechnung 2009 jedoch kaum, die Rechnung 2010 aufgrund laufender Investitionen nur teilweise. Erst im Jahr 2011 wird die Maximalbelastung erreicht sein, worauf sie -bedingt durch die jährlichen Abschreibungen auf dem Restwert- laufend abnimmt. Das Zentrum für Kind und Jugend wird also die Laufende Rechnung 2011 mit lediglich Fr. 300'000 belasten, um dann in den kommenden Jahren permanent abzunehmen. Genauso präsentiert sich die Situation beim Dach der Eishalle, welches nach vollständiger Investition der 5,675 Mio. Franken die Laufende Rechnung zu Beginn aufgrund der Schulzinsen und Abschreibungen mit rund Fr. 400'000 belastet, später durch die Abschreibungen auf dem Restwert entsprechend immer weniger. Umgerechnet auf die Steuersätze entsprechen die Investitionen beim Zentrum für Kind und Jugend 1,6 %, beim Eishallendach 2,3 %. Der Aufwandüberschuss des Jahres 2010 liegt nun bei einem beantragten Steuerfuss von 125 % bei 5,25 Mio. Franken. Wäre der Bau des Zentrums für Kind und Jugend nicht beschlossen worden, so läge der Aufwandüberschuss bei 4,96 Mio. Franken, ohne das Dach der Eishalle bei 4,83 Mio. Franken. Hätte man auf beide dieser Investitionen verzichtet, so würde sich der Auf-

wandüberschuss auf 4,54 Mio. Franken belaufen. Dies zeigt, dass Investitionen wohl eine Rolle spielen, die Auswirkungen jedoch nicht derart entscheidend sind. Absolut entscheidend war einzig und alleine der bereits zu Beginn erwähnte Ertragseinbruch.

**Michael Marti**, Leiter Abteilung Finanzen, gibt folgenden Bericht ab: Mit Ausnahme eines kleinen Gewinneinbruches im Jahre 2003 konnte die Einwohnergemeinde Zuchwil von 2002 bis 2007 jährlich einen teils hohen Gewinn erzielen. Im Jahr 2008 erfolgte der bereits genannte Ertragseinbruch bei den Steuereinnahmen der Juristischen Personen. Bedingt durch die neue Finanzsituation hat der Gemeinderat am 05. März 2009 beschlossen, einen Finanzausschuss zu bilden, in welchem u.a. alle Ortsparteien vertreten sind. Von diesem Finanzausschuss wurden die Investitionsrechnung, die Laufende Rechnung, die Bestandesrechnung, aber auch der Finanzplan sowie der Voranschlag geprüft und beraten. Die Verwaltung erhielt von diesem Finanzausschuss als Zielvorgabe kostenseitige Einsparungen von 4 %. Erreicht wurde durch die Verwaltung eine Kosteneinsparung von 5,6 %. Der Finanzausschuss hat die Laufende Rechnung permanent analysiert, was zu weiteren Kosteneinsparungen führte. Nach Prüfung des Finanzplanes 2010-2012 konnten daselbst Fr. 176'000.-- gestrichen werden; in der Investitionsrechnung wurden einzelne Positionen im Umfang von 7,9 Mio. Franken auf spätere Jahre verschoben. Das Finanzvermögen wurde ebenfalls geprüft. So konnte mit einem Verkauf von zwei Aktienpaketen von über Fr. 100'000.-- die Liquidität kurzfristig etwas verbessert werden. Weder die Gemeinderatskommission noch der Gemeinderat konnten noch weitere wesentliche Änderungen herbeiführen, was von einer sehr guten Arbeit des Finanzausschusses zeugt. Anhand einer Tabelle zeigt Michael Marti die Auswirkungen der verschiedenen Steuerfussätze auf die Kennzahlen auf. Soll bis 2012 ein Überschuss generiert werden, so ist dies mit dem heute geltenden Steuerfuss von 115 % niemals möglich.

EINTRETEN ist nicht bestritten.

## DETAILBERATUNG

### Laufende Rechnung

#### Konto-Nr. 200.317.00 ff.; Schulreise und Exkursionen

**Hugo Ziegler**: Zuchwil hat sich vor Jahresfrist anlässlich der Gemeindeversammlung in der Pisoni-Turnhalle bewusst jugendfreundlich gezeigt und gewisse Investitionen getätigt. Wie er dem Voranschlag 2010 entnehmen kann, werden nun jedoch bei den Schulreise-Konti ein Drittel der Gelder gestrichen. Er erkundigt sich, wie diese Kürzungen zu verstehen sind, wie lange man diese Einsparungen durchziehen will oder ob auf längere Sicht das Ziel besteht, die Skilager abzuschaffen. Wie **Stephan Hug** ausführt, erfolgten die Kürzungen aufgrund des Spardrucks im Rahmen der Budgeterstellung. Zusammen mit den Politikern wurde evaluiert, ob die Einsparungen mehr im pädagogischen Bereich zu treffen sind. Die Streichung erfolgt seitens der Schule schweren Herzens, doch ist man überzeugt, gute Lösungen zu finden. Die Eltern wurden informiert, dass die Skilager durchgeführt werden. Mit der Streichung eines Lagertages und gewissen Leistungen, welche die einzelnen Schüler zu erbringen haben, wird versucht, die Skilager auch mit dem um ein Drittel gekürzten Budget zu retten. **Hugo Ziegler** geht davon aus, dass es sich demnach um eine temporäre Massnahme handelt, was **Stephan Hug** so bestätigt.

#### Konto-Nr. 211.302.00; Besoldungen Oberschule und Werkklassen

**Markus Mottet** erkundigt sich, weshalb die Lohnkosten im Schulbereich bei gleich bleibender Lehrerzahl derart stark zunehmen, wird auf den Löhnen doch einzig eine Teuerungszulage von lediglich 1 % ausgerichtet. **Stephan Hug** stellt diese höheren Kosten direkt dem Konto 210.302.01, Besoldungen Heilpädagogik im Bereich der Primarschule, gegenüber, bei welchem ein deutlich geringerer Aufwand budgetiert ist. Dies begründet



det sich in einer Umverteilung der Besoldungskosten von Werklehrkräften der Schulhäuser Unterfeld und Zelgli.

Konto-Nr. 219.311.00; Ersatzbeschaffung Hard- und Software IKT

**Hanspeter Tschui** erkundigt sich nach der Zusammensetzung des Aufwandes im Konto Nr. 219.311.00 (jeweiliger Anteil Hardware/Software). Als Begründung führt **Stephan Hug** die periodischen Ersatzbeschaffungen an, welche in Tranchen erfolgen. Damit müssen nicht alle Anschaffungen aufs Mal getätigt werden. **Hanspeter Tschui** erkundigt sich weiter, ob die Schule auch frei zugängliche Software nutzt. **Dieter Fischlin** bestätigt, dass im Jahre 2003 so genannte Open Sources eingesetzt wurden, doch war damit kein Datenaustausch mit der Verwaltung möglich. Aufgrund eines guten Angebotes der Firma Microsoft hat man alsdann von einer Open Source-Lösung abgesehen. Beim Kanton wird jedoch ein Wechsel zu frei zugänglicher Software angestrebt. **Hanspeter Tschui** regt eine ebensolche Umstellung an unseren Schulen an, da die Jugendlichen Zuhause ebenfalls frei zugängliche Softwareprogramme nutzen. **Max Frenkel** verweist darauf, dass mit Ausnahme des Outlook alle übrigen Programme frei erhältlich sind. Microsoft ist bemüht, Schulen mit so genannten Lockvogelangeboten an sich zu binden.

Konto-Nr. 461.318.01; Zahnversicherungsbeiträge

Mit Verweis auf die neue Schulzahnversicherung erkundigt sich **Markus Mottet**, weshalb die Kosten trotzdem so viel höher sind. Gemäss **Stephan Hug** wurden diese Positionen zusammengefasst. Mit den höheren Elternbeiträgen fällt der Gesamtaufwand gar tiefer aus.

Konto-Nr. 590.362.01; Patenschaft Saas Balen

**Hanspeter Tschui** stellt *Antrag*, es sei auf die Ausrichtung dieses Beitrages so lange zu verzichten, bis es um die Finanzlage unserer eigenen Gemeinde wieder besser steht. **Gilbert Ambühl** verweist auf die bereits erfolgte Halbierung des Beitrages von Fr. 30'000.-- auf Fr. 15'000.-- aufgrund unserer finanziellen Lage. In den 90er-Jahren wurde Saas Balen ein Darlehen von 1 Mio. Franken gewährt, wobei man der Gemeinde den Zins jeweils erliess. Schloss unsere Rechnung mit einem Überschuss, so wurde das Darlehen zudem stückweise abgeschrieben. Die Bestandesrechnung weist derzeit eine Restschuld von Fr. 350'000.-- aus. Der budgetierte Beitrag an Saas Balen von Fr. 15'000.-- setzt sich zusammen aus rund Fr. 8'000.-- für den Zinserlass sowie einem Göttibatzen von etwa Fr. 7'000.--. Saas Balen ist eine der grössten Gemeinden im Wallis. Dennoch verzeichnet sie kaum Steuererträge. Bis vor wenigen Jahren musste die Gemeinde eine Pro-Kopf-Verschuldung von Fr. 20'000.-- ausweisen. Die Gemeinde bemühte sich um finanzielle Unterstützung und konnte so die Pro-Kopf-Verschuldung um mehr als die Hälfte reduzieren. Saas Balen ist auch immer wieder von Naturkatastrophen betroffen. So kam nach einem grossen Unwetter im Jahre 2000 gar unser Zivilschutz in Saas Balen zum Einsatz. Durch mehrmalige Zuchwiler Einsätze sowie durch bestehende Beziehungen zwischen den Behörden entstanden viele menschliche Beziehungen und Freundschaften. Viele Zuchwiler reisen aus privaten Gründen nach Saas Balen, währenddem man in der Gemeinde Zuchwil auch immer wieder Besuch aus Saas Balen erhält. Auch zwischen den Vereinen wie den Jodlern und den Kirchenchören findet ein reger, sehr bereichernder Austausch statt. Gilbert Ambühl zeigt Verständnis für das Anliegen Hanspeter Tschuis, doch wird mit einer gänzlichen Streichung des Beitrages ein ganz schlechtes Zeichen gesetzt. Er plädiert daher auf Ablehnung des Antrages.

*Abstimmung*

Antrag Tschui; gänzliche Streichung des Beitrages: 62 Stimmen

Belassen des Beitrages bei Fr. 15'000 gem. Budget: 162 Stimmen

*Der Antrag Tschui ist damit abgelehnt.*

Konto 6 Verkehr; allgemein

**Ernst Arnold** stört sich an den grossen Fahrzeugschlangen durchs Dorf. Als Grund dafür sieht er die Fussgängerstreifen bei den Kreiseln. Diese würden 20 - 30 Meter zu nahe bei ebendiesen Kreiseln liegen. **Peter Baumann** gibt ihm grundsätzlich recht, doch handelt es sich dabei um ein schwieriges Thema. Die Lage der Fussgängerstreifen entspricht den gesetzlichen Sicherheitsbestimmungen. Änderungen bei den Signalisationen sind keine geplant.

Konto-Nr. 620.313.04; Parkraumkonzept Signalisation

**Markus Mottet** erkundigt sich, warum bei dieser Position kein Betrag ins Budget aufgenommen wurde. Wie **Peter Baumann** ausführt, wurden für die Signalisationen im laufenden Jahr Fr. 30'000.-- aufgewendet. Weitere Kosten sollten im Jahr 2010 keine anfallen. Da viele Signalisationsstände angefahren wurden, erstellte man zum Schutz der Verkehrsschilder zu Beginn der Tempo-30-Zonen Betonsöckel. Damit soll gleichzeitig auch eine Temporeduktion erreicht werden.

Konto Nr. 701.301.00 ff.; Besoldungen hauptamtliches Betriebspersonal

**Hugo Ziegler** erkundigt sich nach dem Grund der höher budgetierten Besoldungen. **Gilbert Ambühl** begründet dies mit der Umverteilung bei den Stellenprozenten. Unter dem Strich ergeben sich bei den Besoldungskosten keine Veränderungen.

Konto-Nr. 830.310.00; Werbung und Zuchwiler Kalender

**Dr. Max Frenkel** erkundigt sich, weshalb die Ausgabe des Zuchler Kuriers nicht besser mit der Gemeindeversammlung koordiniert wird. Das Blatt wäre eine ideale Plattform, um die Bevölkerung besser und früher über die Gemeindeversammlungen zu informieren. Damit könnte allenfalls gar erreicht werden, dass eine grössere Zahl von Stimmberechtigten an den Gemeindeversammlungen teilnimmt. **Gilbert Ambühl** macht auf die bislang herrschende Meinung aufmerksam, dass der Zuchler Kurier nicht politisch sein soll. Er nimmt die Anregung jedoch gerne entgegen.

Konto-Nr. 900.400.00; Steuern natürliche Personen

Konto-Nr. 900.401.00; Steuern juristische Personen

**Ernst Arnold** verweist auf die Steuererträge der natürlichen und der juristischen Personen. Dass Genossenschaften wie Coop und Migros, welche das einheimische Gewerbe derart stark schädigen, so wenig Steuern zahlen, sei beschämend. **Gilbert Ambühl** zeigt Verständnis für das Anliegen, doch sind der Gemeinde diesbezüglich die Hände gebunden. Wir können an Steuern nur in Rechnung stellen, was uns gesetzlich zusteht.

Konto-Nr. 900.400.00; Steuern natürliche Personen

**Markus Mottet** erkundigt sich nach dem Zustandekommen des budgetierten Steuerertrages von 17,88 Mio. Franken. Wenn er die 15,2 Mio. Franken aus dem Jahr 2009 als Referenz des Steuersatzes von 115 % nimmt und dies in Form eines Dreisatzes berechnet, so ergibt dies daraus niemals diese budgetierte Summe. Wie **Gilbert Ambühl** erklärt, liegt die Schwierigkeit diesbezüglich bei der funktionalen Gliederung der Rechnung. Aus der Artengliederung lassen sich die Gesamterträge der Natürlichen Personen ersehen. Vergleicht man diese miteinander, so dürften die Zahlen so stimmen.

Konto-Nr. 900.401.00; Steuern juristische Personen

**Hugo Ziegler** stellt fest, dass zu den Steuereinnahmen der Juristischen Personen Verschiedenes vernommen werden kann. Wie man den heutigen Voten entnehmen kann, gründet die Baisse auf der herrschenden Finanzkrise. Andererseits soll die Scintilla AG - egal, wie gut es der Firma künftig wieder gehen wird - anscheinend nie

mehr so viel Steuern zahlen, da ein grosser Teil des in Zuchwil erwirtschafteten Geldes anderweitig investiert wurde. Hugo Ziegler erkundigt sich nach dem Wahrheitsgehalt dieser Information. **Gilbert Ambühl** verweist einleitend auf den Umstand, dass sich die Beantwortung dieser Frage als etwas schwierig erweist, begibt man sich aufgrund des existierenden Steuergheimnisses damit doch auf eine Gratwanderung. Die Gemeinde steht mit der Scintilla AG - so wie mit anderen Firmen auch - in sehr guter Beziehung; es erfolgt ein regelmässiger Austausch. Gilbert Ambühl bestätigt den von Hugo Ziegler bereits erwähnten Sachverhalt. So erzielte die Scintilla AG in den Vorjahren hohe Vermögenserträge aus Aktienpaketen und weiteren Geldanlagen, welche allesamt hier versteuert wurden. Im Rahmen der Finanzkrise hat die Scintilla AG ihre Strategie gewechselt. So hat sie zwecks Unternehmensstärkung und Marktfestigung andere Firmen zugekauft. Dies führt dazu, dass die Finanzerträge nie mehr im bisherigen Ausmass anfallen werden. Die Scintilla AG äussert sich selber, wenn auch mit Vorsicht, dahingehend, dass künftig wieder mit höhere Steuererträgen zu rechnen ist. Mit der Verlegung des Synthes-Geschäftssitzes nach Zuchwil im Jahr 2011 werden zudem künftig Steuererträge im 7-stelligen Bereich anfallen. Dazu kommen weitere neue Firmen auf dem Sultex-Areal, so beispielsweise die Firma Schaerer AG, Kaffeemaschinen.

#### Investitionsrechnung

*kein Wortbegehren*

#### Artengliederung und Berichte

*kein Wortbegehren*

#### Wortbegehren zu den Anträgen

**Hanspeter Tschui** stellt die beiden folgenden *Anträge*. 1. Der Steuerfuss ist vor dem Voranschlag festzulegen. 2. Der Steuerfuss ist nicht auf 125 %, sondern nur auf 120 % zu erhöhen. Solothurn verfügt über einen Steuerfuss von 119 %. Zuchwil ist nicht so attraktiv, weshalb er mit den Steuern in der Nähe der Stadt bleiben will. Wird die Reihenfolge der Antragspunkte gekehrt, so soll der Voranschlag im Gemeinderat zwecks Prüfung weiterer Einsparungsmöglichkeiten nochmals überarbeitet werden. Sparpotenzial sieht er dabei namentlich beim Gemeindepersonal. Betreffend einer erneuten Prüfung des Budgets durch den Gemeinderat verweist **Gilbert Ambühl** auf den Finanzausschuss, welcher bereits im Verlaufe des Jahres zahlreiche Kürzungen beschlossen hat. Aus Sicht eines grossen Teils des Gemeinderates ist das Sparpotenzial damit ausgeschöpft. Betreffend die Anträge kann die Reihenfolge so belassen werden kann.

**Sigrun Kuhn** erkundigt sich, ob im Finanzplan bei den Steuereinnahmen der Juristischen Personen der erhoffte Silberstreifen entsprechend berücksichtigt ist. **Michael Marti** bestätigt, dass gesamthaft 5 - 6 Mio. Franken berücksichtigt wurden.

**Walter Kämpfer** unterstützt den Antrag Tschui vollumfänglich, da ein Steuersatz von 120 % im Vergleich mit den umliegenden Gemeinden günstig sei. Bei der Prüfung des Budgets ist auch ein Augenmerk auf einzelne Positionen der Investitionsrechnung zu legen, bei welchen er entsprechendes Sparpotenzial sieht. Betreffend Fertigstellung des Kreisels Aarmatt, der Sanierung der Velo- und Fussgängerbrücke sowie den beiden Kunstbauten Aarmatt und Nord-Südstrasse (Konti 610.561.10/13/14/15) ist beim Kanton ein entsprechendes Veto einzulegen. **Peter Baumann** verweist darauf, dass die Planung beim Aarmattkreisel bereits weit fortgeschritten ist. Die bei diesen Kantonsstrassen-Konti budgetierten Kosten für das Jahr 2010 handelt es sich um Planungskredite. Der restliche Aufwand beinhaltet die Ausführungskosten, welche zu einem späteren Zeitpunkt anfallen. Der Kanton hat diese Arbeiten in seinem Ausführungsprogramm. Er rechnet mit dem Kostenanteil der Gemeinde, welcher nach einem bestimmten Schlüssel aufgeteilt wird. Peter Baumann zeigt sich über-

zeugt davon, dass es im Rahmen der Arbeitsausführungen zu anderen Diskussionen kommen wird. **Gilbert Ambühl** präzisiert, dass im Jahr 2010 nur die entsprechend budgetierten Fr. 174'000.-- anfallen. **Walter Kämpfer** ist der Meinung, dass man gegenüber dem Kanton ruhig einmal etwas auf die Bremse treten darf. **Gilbert Ambühl** signalisiert Bereitschaft zu derartigen Gesprächen. In seinen einleitenden Worten hat er die Auswirkungen von Investitionen auf die Laufende Rechnung aufgezeigt. Die Einsparungen sind dabei marginal.

**Heinz Schaller** stellt klar, dass er das Geld, welches die Streuererhöhung kostet, gerne in seinem eigenen Portemonnaie hätte. Als Zuchwiler Einwohner hat er aber noch ein zweites Portemonnai. Und dieses macht ihm Angst. Es braucht Jahre, bis eine Neuverschuldung wieder abgetragen ist. Unser gemeinsames Portemonnaie ist mehr als leer: Wir leben auf Kredit. Daher sind die beantragten 125 % dringend nötig. Einsparungen treffen nicht nur die Patengemeinde, sondern bei den Investitionen auch das einheimische Gewerbe. Er bittet daher um Zustimmung zur Erhöhung des Steuerfusses auf 125 %.

**Dr. Max Frenkel** hat das Gefühl, dass sein Vorredner das wichtige Argument derjenigen überhört hat, welche sich für eine Erhöhung des Steuersatzes auf 120 % aussprechen: Wir stehen in einem Wettbewerb. Zuchwil ist nicht alleine, es gibt Gemeinden rund herum. Wenn wir ein derartiges Signal aussenden, so bedeutet dies, dass wir in Kauf nehmen, dass gut Verdienende sich zweimal überlegen, ob sie nach Zuchwil zuziehen wollen. Bereits hier wohnhafte Personen werden sich mit einem Wegzug aus der Gemeinde beschäftigen. Diese Überlegungen werden sicher auch Firmen anstellen. Rückblickend auf die letzten Jahre und nachdem wir nun vor einer unsicheren Zukunft stehen, wertet Dr. Max Frenkel eine Erhöhung des Steuerfusses auf 125 % als zu nervös, das Risiko als zu gross.

Als Angestellter in der Privatindustrie ist **Felix Sommerhalder** seit Jahren mit Sparkursen in der Grössenordnung von jährlich 5 - 10 % konfrontiert. Seiner Meinung nach sind die Hausaufgaben noch nicht ganz erledigt. Er stellt daher *Antrag* um Rückweisung des Budgets an den Gemeinderat und die Kommissionen mit den Rahmenbedingungen eines Steuerfusses von 120 % und einer Plafonierung des Aufwandüberschusses bei 4 Mio. Franken bei Abschreibungen von 8 %. Das so überarbeitete Budget ist an einer ausserordentlichen Gemeindeversammlung Ende Februar 2010 zur Genehmigung vorzulegen.

**Daniel Grolimund** erinnert daran, dass das heutige Budget in den verschiedensten Gremien bis ins Detail überarbeitet wurde. Es wurden zahlreiche Positionen gekürzt, wobei immer die Frage im Raum stand, wie weit man die Kürzungen auch verantworten kann. Eine Rückweisung des Budgets an den Gemeinderat heisst für ihn, dass ebendieser Gemeinderat seine Aufgaben nicht erledigt haben soll. Wo noch weiter sparen.... Er wäre froh, wenn aus der Versammlung Sparvorschläge eingebracht würden. Sollen den Vereinen gar keine Beiträge mehr ausgerichtet werden? Soll beim Zuchler Kurier gekürzt werden? Bei den Kürzungsdiskussionen kannte der Gemeinderat kein Tabu. Das Ergebnis der Bemühungen liegt heute vor: Ein Defizit von 5 Mio. Franken. Er pflichtet bei, dass sicher hier und dort noch kleine Einsparungen möglich wären, doch liesse sich das Defizit damit kaum merklich verringern. In den vergangenen Jahren haben wir von einem guten Steuerzahler profitiert. Vor allem dank dieses Steuerzahlers konnten wir vor drei Jahren den Steuerfuss senken. Die umliegenden Gemeinden mit ähnlichen Strukturen haben alle einen Steuerfuss von 130 % und mehr. Bezüglich Wettbewerbsfähigkeit stellt er sich die Frage, ob der Schuldenberg nicht auch mit Konkurrenzfähigkeit zu tun hat. Mit Blick auf sein Portemonnaie müsste er sich für einen Steuerfuss von 115 % aussprechen, doch bezeichnet er dies als so genannte Vogel-Strauss-Politik. Als Gemeinderat trägt man eine Verantwortung für die gesamte Bevölkerung und das Gemeinwohl. Aufgrund der Kennzahlen müsste der Steuerfuss nicht nur auf 125 %, sondern gar auf 135 % erhöht werden. Der Gemeinderat hat sich für 125 % ausgesprochen, damit in zwei Jahren wieder eine ausgeglichene Rechnung präsentiert werden kann. Nach einem Abbau der Schulden und einer Erholung der Industrie soll so in ein paar Jahren wieder eine Steuersenkung möglich sein. In diesem Sinne bittet er die beiden Anträge abzulehnen und dem gemeinderätlichen Antrag zuzustimmen.

Betreffend Rückweisungsantrag bringt **Gilbert Ambühl** sein Verständnis für die Unzufriedenheit zum Ausdruck. Er ist selber unzufrieden und frustriert darüber, was da alles und vor allem wie schnell passiert ist. In nert weniger Wochen ist die Stimmung von himmelhoch jauchzend zu tiefst betrübt gekippt. In der heutigen Zeit, in welcher es vielen Privatpersonen wirtschaftlich nicht gut geht, die Steuern zu erhöhen, sei nicht gut. Dies sei sicher unbestritten und das werde auch niemand ernsthaft anders sehen. Auf der anderen Seite gehen wir das Risiko ein, die finanzielle Stabilität zu gefährden, so wir nichts unternehmen. Bei Rückweisung verfügen wir bis mindestens im Februar über kein genehmigtes Budget. Mit dieser Verzögerung verbunden ist auch eine grosse Rechtsunsicherheit. Wir können unsere finanziellen Verpflichtungen nicht erfüllen, da mangels beschlossenen Budget die Kreditlimiten nicht definiert und bewilligt sind. Wir würden uns gegen zwei Monate in einem so genannt luftleeren Raum befinden. Es besteht die Gefahr entstehender Schäden, da Rechnungen von nicht gebundenen Ausgaben nicht bezahlt werden können. Es gilt zudem zu berücksichtigen, dass mit einer Annahme des Rückweisungsantrages zusätzliche Kosten von einigen tausend Franken generiert werden für Beratungen in den Gremien, Druck, Einberufung und Durchführung der Gemeindeversammlung etc. Und was ist der Gewinn davon? Er ist der Meinung, dass diese Rückweisung das Problem nicht löst. Vielleicht wird es gelingen, Fr. 100'000.--, vielleicht auch Fr. 200'000.-- oder Fr. 300'000.-- zu sparen. Mit einem Steuersatz von 120 % beträgt das Defizit 6 Mio. Franken. Der Rückweisungsantrag verlangt eine Reduktion des Aufwandüberschusses auf 4 Mio. Franken, d.h. es müssen 2 Mio. Franken eingespart werden. Er hat den Eindruck, dass dies nicht realistisch, ja eigentlich gar nicht möglich ist. Der Gemeinderat hat sich bei der Erstellung des Budgets alle Mühe gegeben.

*Abstimmung*

Antrag Sommerhalder: grossmehrheitlich zurückgewiesen.

*Abstimmung*

Antrag Gemeinderat; Steuersatz 125 %: 72 Stimmen

Gegenantrag Tschui; Steuersatz 120 %: 197 Stimmen

SCHLUSSABSTIMMUNG; mit grossem Mehr bei 3 Gegenstimmen:

1. Der Voranschlag 2010 mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 6'093'796.-- und die Investitionsrechnung mit Investitionen von Fr. 4'320'000.-- (netto Fr 4'015'000.--) wird genehmigt.
2. Der Steuersatz der Gemeindesteuern für die Natürlichen und für die Juristischen Personen wird auf 120 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

---

## Beschluss-Nr. 3 - Motion Max Karli: Begrenzung Pro-Kopf-Verschuldung; Erheblich- erklärung

---

Der Bericht des Gemeindepräsidenten (§ 86 GO), welcher sich auf den Antrag des Gemeinderates stützt (§ 63 GG), lautet wie folgt:

An der Gemeindeversammlung vom 29. Juni 2009 reichte Max Karli eine dringliche Motion mit folgendem Inhalt ein:

*Prokopf-Verschuldung mit einer Höchstgrenze von Fr. 2'000.--*

*„Der Gemeinderat wird gemäss Gmde.-Gesetz, § 43, beauftragt, einen Beschlussesentwurf an der kommenden Budget-Gemeindeversammlung vom Dezember 2009 vorzulegen, welcher die Prokopf-Verschuldung auf Fr. 2'000.-- als Höchstgrenze festlegt und zu diesem Zweck das Projekt „Kind und Jugend“ sistiert, bzw. den Zeitpunkt der Realisierung der Gemeindeversammlung mit dem Beschlussesentwurf neu unterbreitet.“*

Nachdem die Gemeindeversammlung am 29. Juni 2009 der Motion die Dringlichkeit verwehrt hat, ist sie mit dem vorliegenden Wortlaut nicht mehr umsetzbar. Der Motionär hat deshalb auf Nachfrage hin die Motion wie folgt abgeändert:

*„Der Gemeinderat wird gemäss Gmde.-Gesetz, § 43, beauftragt, einen Beschlussesentwurf an der kommenden Gemeindeversammlung vorzulegen, welcher die Prokopf-Verschuldung auf Fr. 2'000.-- als Höchstgrenze festlegt.“*

### **Stellungnahme des Gemeinderates**

#### **Formales**

Bei der Forderung des Motionärs handelt es sich um eine Regel zur Einschränkung des finanziellen Handlungsrahmens der Einwohnergemeinde. Eine entsprechende Bestimmung ist am einfachsten in der Gemeindeordnung im Abschnitt VI, Voranschlag und Rechnungswesen, festzulegen. § 93 befasst sich im Absatz 1 mit der Führung des Finanzhaushaltes. Eine allfällige Höchstgrenze der Prokopf-Verschuldung könnte in einem neuen Absatz 2 festgelegt werden.

#### **Erwägungen**

In § 136 Gemeindegesetz sowie § 93 Gemeindeordnung ist die gesetzmässige, sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung vorgegeben. Ob eine zusätzliche Einschränkung des Handlungsrahmens der politischen Behörden notwendig und sinnvoll sein kann, ist letztlich eine politische Frage. Es gilt zu beurteilen, ob die Formulierung in § 93 Gemeindeordnung als Einschränkung des Handlungsrahmens der politischen Behörden genügt oder ob mit der vom Motionär zusätzlich geforderten Regel der gewünschten Wirkung einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung noch besser Rechnung getragen werden kann.

Dass eine Beschränkung der Prokopf-Verschuldung zu einer Begrenzung des Fremdkapitals der Gemeinde führt, ist unbestritten. Somit scheint die vom Motionär geforderte Verschuldungshöchstgrenze finanzpolitisch die von ihm erwartete Wirkung zu erzielen.

Andererseits wird der Handlungsspielraum der politischen Behörden und dabei insbesondere der Gemeindeversammlung eingeschränkt. Die fixe Höchstgrenze der Verschuldung kann unter anderem dazu führen, dass im Notfall eine dringende Investition nicht getätigt werden kann, weil die Verschuldungshöchstgrenze nur mit einem Steuerfuss eingehalten werden könnte, der politisch nicht durchsetzbar ist.

Zur Veranschaulichung dieser Aussage kann folgendes Beispiel beigezogen werden:

Angenommen, die Regel der Höchstgrenze der Prokopf-Verschuldung hätte beim Beschluss der Investition ins Eishallendach des Sportzentrums bereits gegolten, wäre die Einwohnergemeinde vor folgender Ausgangslage gestanden:

Prokopf-Verschuldung Ende 2008:	Fr.	1532
Prokopf-Verschuldung Ende 2009 (gemäss Voranschlag):	ca. Fr.	3300
Erlaubte Prokopf-Verschuldung:	Fr.	2000
Finanzierungssaldo Voranschlag 2009:		- 11.2 Mio.
Erlaubter Finanzierungssaldo zur Einhaltung der Höchstgrenze der Verschuldung:	ca. Fr.	- 4 Mio.
Benötigter Mehrertrag:	ca. Fr.	7 Mio.
Benötigter Steuerfuss:	ca.	155 Prozent

Mit der Genehmigung der Investitionsrechnung hätte somit dem Souverän zwingend ein Steuerfuss in der Grössenordnung von ca. **155 Prozentpunkten** der einfachen Staatssteuer vorgeschlagen werden müssen.

Der Vorstoss beinhaltet in der vorliegenden Form ein weiteres Problem: Der Motionär äussert sich nicht zur Frage, zu welchem Zeitpunkt die festgelegte Verschuldungshöchstgrenze erreicht werden soll. Es ist davon auszugehen, dass die Prokopf-Verschuldung Ende 2009 gegen 3500 Franken betragen wird. Aufgrund des Entwurfes zu Voranschlag 2010 sowie Finanzplan bis 2012 wird die Verschuldung im Jahr 2011 je nach Entscheidung über den Steuerfuss nochmals steigen, allenfalls bis auf über 4000 Franken.

Um die Forderung des Motionärs ab dem Jahr 2012 zu erfüllen, müsste der Steuerfuss ab sofort bis zu diesem Zeitpunkt auf 160-165 Prozent der einfachen Staatssteuer festgelegt werden.

Zur Veranschaulichung folgt eine Tabelle mit der Entwicklung der Prokopf-Verschuldung bei verschiedenen Steuerfüssen ab 2010. Grundlage bildet der Entwurf zum Voranschlag 2010 sowie der Finanzplan für die Jahre 2011/2012.

### Entwicklung der Prokopf-Verschuldung

Jahr	2010 (VA)	2011 (FiPla)	2012 (FiPla)
<b>Steuerfuss</b>			
<b>115 %</b>	4254	4827	4790
<b>120 %</b>	4151	4631	4499
<b>125 %</b>	4047	4435	4208
<b>130 %</b>	3944	4240	3917
<b>135 %</b>	3840	4044	3626
<b>160 %</b>	3323	3065	2170
<b>165 %</b>	3219	2870	1879

Um die Prokopf-Verschuldung zu senken, müssen Überschüsse erwirtschaftet werden, damit das Fremdkapital reduziert werden kann. Selbst wenn solche, wie im Finanzplan prognostiziert, ab 2012 eintreten sollten, wird es nochmals mehrere Jahre dauern, bis die gewünschte Höchstgrenze bei der Verschuldung erreicht werden kann. Als Faustregel kann dabei die Überlegung dienen, dass die Rückzahlung von 1 Mio. Franken Fremdkapital die Prokopf-Verschuldung um knapp 100 Franken reduziert.

Für die Umsetzung der Motion müssten deshalb zusätzliche Rahmenbedingungen festgelegt werden. Diese müssten dahingehend lauten, das Ergebnis der Laufenden Rechnung, das Investitionsvolumen und den Steuerfuss ab 2012 jeweils so festzulegen, dass die Prokopf-Verschuldung um einige hundert Franken pro Jahr abnimmt und eine Zunahme bis zur Höchstgrenze von 2000 Franken erst wieder erlaubt ist, wenn die Verschuldung unter diesen Wert gesunken ist.

Um in einem Notfall nicht jeglichen Handlungsspielraum zu verlieren, würde sich zudem eine Ausnahmeklausel aufdrängen, wie das Beispiel im Kasten weiter vorne zeigt. Die Ausnahmeklausel könnte beispielsweise darauf abzielen, dass für eine dringliche Investition die Verschuldungshöchstgrenze im Einzelfall durch eine Urnenabstimmung ausser Kraft gesetzt werden könnte.

### **Fazit**

Dem bestechenden Vorteil der Motion, die Verschuldung jederzeit in Grenzen halten zu können, stehen einige gewichtige Nachteile gegenüber. Aufgrund der Komplexität der Materie sollte die Angelegenheit deshalb einer näheren Prüfung unterzogen werden.

Gemäss Auskunft des kantonalen Amtes für Gemeinden wird das Instrument der Defizit-, Ausgaben- oder Schuldenbremse im Kanton Solothurn nur vereinzelt genutzt. Die wenigen betroffenen Gemeinden benützen dabei andere Kriterien als die vom Motionär verlangte Höchstgrenze bei der Verschuldung. So gilt beispielsweise in der Stadt Solothurn die Bestimmung, dass die Laufende Rechnung nicht mit einem Aufwandüberschuss budgetiert werden darf, wenn ein Bilanzfehlbetrag besteht, der 5 Prozent des budgetierten Ertrages der Gemeindesteuern übersteigt. Oder die Gemeinde Oensingen etwa hat Vorschriften erlassen zum Eigenkapital, zum Verwaltungsvermögen und zum Steuerfuss.

Da die Materie einer vertieften Prüfung bedarf und der Motionstext sehr strikte formuliert ist und kaum Spielraum offen lässt, empfiehlt sich die Umwandlung in ein Postulat. Damit ist es besser möglich, für das Anliegen eine in der Praxis umsetzbare Lösung zu finden, die sowohl dem berechtigten Anliegen des Motionärs Rechnung trägt als auch der Gemeindeversammlung den notwendigen Handlungsspielraum belässt.

### **Weiteres Vorgehen**

Falls die Motion an der Gemeindeversammlung mit dem vom Motionär formulierten Wortlaut erheblich erklärt wird, muss der Gemeinderat anschliessend eine konkrete Vorlage unter Einbezug der obigen Überlegungen ausarbeiten, welche die Forderung des Motionärs möglichst wortgetreu umsetzt und diese der nächsten Gemeindeversammlung zum Beschluss unterbreiten.

Falls die Gemeindeversammlung der Umwandlung in ein Postulat zustimmt, wird der Gemeinderat die Einführung einer Schuldenbremse prüfen und der Gemeindeversammlung einen Vorschlag unterbreiten, wie das Anliegen am besten umgesetzt werden kann.

### **Antrag des Gemeinderates vom 12. November 2009**

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, die Motion Max Karli in ein Postulat umzuwandeln.

Wie Motionär **Max Karli** einleitend aufklärt, hatte er bei der Einreichung seiner Motion anlässlich der letzten Gemeindeversammlung die Gemeindefinanzen vor Augen. Diesbezüglich strebte er klar einen Investitionsstopp für ein gewisses Projekt an. Wie den vorliegenden Erwägungen des Gemeinderates entnommen werden kann, wäre an und für sich kein derartiges Instrument nötig, so man haushälterisch mit den gemeindlichen Finanzen umgehen würde. In letzter Zeit wurde man diesem Aspekt aber eigentlich nicht gerecht. Die Finanzen



unserer Gemeinde befinden sich in einem desolaten Zustand. Übertragen auf die Privatwirtschaft ist die Einwohnergemeinde Zuchwil grundsätzlich zahlungsunfähig; sie müsste eigentlich Konkurs anmelden. Aufgrund von Mehrheiten existiert in Zuchwil eine gefährliche Situation. Diese Mehrheiten haben nicht nur das Sagen, sondern sie haben auch eine Verantwortung. Und eben dieser Verantwortung kamen diese Mehrheiten seines Erachtens nicht vollumfänglich nach. Zurückkommend auf seine Motion versichert Max Karli, dass seinerseits zwecks Erreichung einer ausgeglichenen Rechnung und einer Pro-Kopf-Verschuldung von Fr. 2'000 nie eine Steuererhöhung auf 160 Prozentpunkte beabsichtigt war. Hinter seiner Idee steckte ein Stopp gewisser Projekte. Er gesteht ein, dass die Motion im Sinne seiner Absicht finanzpolitisch gar nicht durchsetzbar ist. Zwecks Aufrechterhaltung eines gewissen Drucks zeigt er sich mit dem Vorschlag des Gemeinderates, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, einverstanden.

EINTRETEN ist nicht bestritten.

## DETAILBERATUNG

*kein Wortbegehren*

SCHLUSSABSTIMMUNG; mit grossem Mehr bei 2 Gegenstimmen:

Die Gemeindeversammlung stimmt der Umwandlung der Motion Karli in ein Postulat zu.

---

---

## Schlusswort des Gemeindepräsidenten

---

Nach Abschluss der traktandierten Geschäfte wendet sich Gemeindepräsident **Gilbert Ambühl** mit folgenden Schlussworten zum Jahresende an die Anwesenden:

*Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger*

*Wir kommen ans Ende der Gemeindeversammlung. Wie es Tradition ist, erlaube ich mir einige abschliessende Gedanken.*

*In den vergangenen acht Jahren meiner Zeit als Gemeindepräsident ist es mir nie schwer gefallen, zum Jahreschluss an der Gemeindeversammlung noch etwas zu sagen. Diesmal ist es etwas anders: Ich spüre, wie viele Menschen durch die schwierige Wirtschaftslage verunsichert sind und sich mit Zukunftsängsten plagen. Natürlich hat diese Stimmung auch Auswirkungen auf die politischen Behörden. Die finanziellen Sorgen der Gemeinde sind allzeit gegenwärtig, und es besteht das Risiko zu erstarren, statt das Beste aus der Situation zu machen. Dabei wissen wir eigentlich alle, dass der Aufschwung in den Köpfen beginnen muss, damit positive Entwicklungen stattfinden können. Und die Welt verändert sich weiter, ob es uns passt oder nicht, und wir müssen uns damit auseinandersetzen. Ein Unternehmen, das heute nicht innovativ ist, wird es in der Zukunft schwer haben. Das Gleiche gilt für Gemeinde.*

*Und es gibt immer auch positive Aspekte. Hier eine kleine Auswahl aus dem vergangenen Jahr:*

- Die Medizinaltechnikfirma Synthes hat mit dem Bau ihrer neuen Europa-Zentrale in Zuchwil begonnen. Ab 2011 werden dort viele neue Arbeitsplätze entstehen und ebenfalls Steuergelder an Zuchwil fließen.*
- Auf dem Areal der ehemaligen Firma Sulzer geht die positive Entwicklung weiter. Kanton, Gemeinde und Eigentümerin schaffen gemeinsam verbindliche Planungsgrundlagen für zukünftige Nutzungen.*
- Das Zuchwiler Fernwärmenetz wurde weiter ausgebaut und trägt dazu bei, mit wirtschaftlicher und umweltfreundlicher Energie zu heizen.*
- Das neue Eishallendach im Sportzentrum konnte dank umsichtiger Planung und Wetterglück in Rekordzeit realisiert werden. Für die hohe Investition erhält das Sportzentrum einen guten Gegenwert.*
- Mit dem Rütifeld konnte eine der letzten Lücken bei den Tempo-30-Zonen in den Zuchwiler Quartieren geschlossen werden.*
- Die Gemeinde lässt ein Altersleitbild erarbeiten, um zukünftig die guten Dienstleistungen für unsere älteren Menschen noch auszubauen und besser zu vernetzen.*
- Mit dem Bezug des Zentrums für Kind und Jugend im Sommer 2010 werden die Betreuungs- und Freizeitangebote noch attraktiver und kostengünstiger.*
- Mit der Teilnahme Zuchwils am kantonalen Pilotprojekt „schrittweise“ werden Kleinkinder benachteiligter Familien nachhaltig gefördert; und erst noch ohne Kostenfolgen für die Gemeinde.*
- Die Spitexdienste können bald in den Birchihof umziehen und so den sehr engen Platzverhältnissen am jetzigen Standort entfliehen.*

*Auf der anderen Seite bereitet die angespannte Finanzlage der Gemeinde grosse Sorgen. Durch die Wirtschaftskrise ist der Ertrag gegenüber früheren Jahren um fast 20 Prozent eingebrochen. Der Gemeinderat hat Massnahmen zur Gesundung eingeleitet. Ein kleiner Lichtblick zeigt der Finanzplan für die mittelfristige Zukunft. Allerdings wird es dann immer noch einige Jahre dauern, bis die Durststrecke überwunden sein wird. Jammern bringt uns aber nicht weiter; gefragt sind viel mehr gute Ideen, wie dem strukturellen Problem entgegen gewirkt werden kann.*

*Das gesamte Dienstleistungszentrum "Einwohnergemeinde Zuchwil" hat wiederum ein grosses Mass an qualitativ hoch stehender Arbeit geleistet. Dafür verdienen alle Beteiligten Anerkennung. Ich danke allen für die engagierte Mitarbeit und angenehme Zusammenarbeit im Dienste der Zuchwilerinnen und Zuchwiler und von unserem Dorf:*

- *meinem Stellvertreter, Vizepräsident Daniel Grolimund und seinem Vorgänger Jürg Kilchenmann*
- *den Ratskolleginnen und Ratskollegen des Einwohnergemeinderates und der GRK.*
- *Den Abteilungsleitenden im Dienstleistungszentrum der Einwohnergemeinde*
- *dem gesamten Personal des Dienstleistungszentrums, inklusive Spitexpersonal, Bauamtsmitarbeiter, Schulhauswarten und Reinigungspersonal*
- *dem gesamten Lehrkörper und den Kindergärtnerinnen*
- *den Kommissionsmitgliedern, speziell den Präsident/innen und Aktuaren/Aktuarinnen*
- *allen Funktionären und Delegierten*
- *dem nebenamtlichen Personal in allen Funktionen*
- *den Angehörigen von Feuerwehr und Zivilschutz*
- *der Polizei, speziell dem Posten Zuchwil und unserem privaten Überwachungsdienst*

*Ich danke aber auch unseren Partnern*

- *der Bürgergemeinde und den Kirchgemeinden sowie unseren Nachbargemeinden*
- *den Zweckverbänden, Stiftungen und sozialen Institutionen*
- *unserer Industrie und unserem Gewerbe*
- *unseren zahlreichen aktiven Dorfvereinen*
- *und Ihnen, sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger, für ihr Engagement zugunsten unserer Dorfgemeinschaft.*

*Ganz zum Schluss wünsche ich uns allen eine besinnliche, erholsame Festzeit und ein glückliches Jahr 2010. Ich wünsche uns besonders*

- *eine gute Gesundheit als Voraussetzung für alles andere*
- *viele positive Erlebnisse und gute Begegnungen*
- *Erfolg und Zufriedenheit bei allem, was wir tun.*

*Und damit wünsche ich Ihnen eine gute Heimkehr, einen schönen Abend und eine gute Nacht und erkläre die Gemeindeversammlung für geschlossen.*